

Stober/Eisenmenger

# Öffentliches Wirtschaftsrecht – Besonderer Teil

Gewerberechtliche Grundlagen,  
spezielles Branchenrecht  
und branchenübergreifende  
Querschnittsmaterien

17., überarbeitete Auflage

**Kohlhammer**

**Kohlhammer**



# Öffentliches Wirtschaftsrecht Besonderer Teil

Gewerberechtliche Grundlagen, spezielles Branchenrecht  
und branchenübergreifende Querschnittsmaterien

**Professor Dr. Dr. h. c. mult. Rolf Stober**  
Universität Hamburg

**Professor Dr. Sven Eisenmenger**  
Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg,  
Forschungsstelle Europäisches und Deutsches Sicherheitsrecht (FEDS)

17., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Erschienen ist das Werk bis zur 16. Auflage unter dem Titel: „Stober/Eisenmenger, Besonderes Wirtschaftsverwaltungsrecht“.

17. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten  
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart  
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:  
ISBN 978-3-17-033955-2

E-Book-Formate:  
pdf: ISBN 978-3-17-033956-9  
epub: ISBN 978-3-17-033957-6  
mobi: ISBN 978-3-17-033958-3

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

# Vorwort zur 17. Auflage

Das Werk behandelt ausgewählte klassische und moderne Repräsentanten des Öffentlichen Wirtschaftsrechts und ist auf dem Bearbeitungsstand vom 1. März 2019. Es richtet sich sowohl an Studierende als auch an Praktiker in Unternehmen, Verwaltungen sowie Gerichten und eignet sich ferner für die Fortbildung zum Fachanwalt für Verwaltungsrecht (Sachgebiet Wirtschaftsverwaltungsrecht) nach § 43c BRAO i. V. m. § 8 Fachanwaltsordnung. Aufgrund seines branchenspezifischen Aufbaus ist es darüber hinaus als Nachschlagewerk nutzbar. Inhaltlich berücksichtigt die Neuauflage die aktuelle Entwicklung sämtlicher Facetten des Gewerberechts in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum.

Das Lehrbuch ist auf das im Kohlhammer-Verlag erscheinende Werk Stober/Korte, Öffentliches Wirtschaftsrecht Allgemeiner Teil ebenso abgestimmt wie auf die im NWB-Verlag erscheinende Textausgabe Stober (Hg.), Wichtige Gesetze für Wirtschaftsverwaltung und Öffentliche Wirtschaft.

§ 45 des vorliegenden Werkes bearbeitet der Autor Stober, während die §§ 46–56 in den Verantwortungsbereich des Autors Eisenmenger fallen.

Hamburg, im März 2019

Rolf Stober  
Sven Eisenmenger

# Inhaltsübersicht

## Band I: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Allgemeiner Teil)

- A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

## Band II: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Besonderer Teil)

- G. Gewerberechtliche Grundlagen
  - § 45 Gewerbeordnungs- und Anlagenrecht
  - § 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung
- H. Spezielles Branchenrecht
  - § 47 Gaststättenrecht
  - § 48 Handwerksrecht
  - § 49 Personen- und Güterbeförderungsrecht
  - § 50 Energiewirtschaftsrecht
  - § 51 Medienwirtschaftsrecht
  - § 52 Kreislaufwirtschaftsrecht
  - § 53 Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht
  - § 54 Produktsicherheitsrecht
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien
  - § 55 Ladenöffnungsrecht
  - § 56 Subventionsrecht

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
<b>G. Gewerberechtliche Grundlagen . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 45 Gewerbeordnungs- und Anlagenrecht . . . . .	1
I. Zur Einordnung des Gewerberechts . . . . .	1
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Gewerberechts . . . . .	1
1. Die Gewerbeordnung und gewerberechtliche Spezialgesetze . . . . .	1
2. Die Gewerbeordnung als Grundgesetz des Gewerberechts. . . . .	2
3. Unionsrechtliche Grundlagen des Gewerberechts. . . . .	3
a) Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	3
b) Die Berufsanerkennungsrichtlinie . . . . .	3
c) Pro-Forma-Mitgliedschaft und weitere Modernisierung mitgliedstaatlicher Regelungen . . . . .	4
d) Die Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	4
e) Diskriminierungsverbot und Verwaltungszusammenarbeit . . . . .	5
f) Mitgliedstaatliche Regelungsvorbehalte im Gewerberecht . . . . .	5
III. Zur Reform des Gewerberechts . . . . .	6
1. Gescheiterte Reformversuche . . . . .	6
2. Regelungsbedarf für neue gewerbliche Geschäftsmodelle? . . . . .	7
3. Erprobungsklausel als Reformersatz? . . . . .	8
4. Reform zwischen Deregulierung und Verrechtlichung. . . . .	9
5. Zur Zweckmäßigkeit eines Gewerbegebungsbuches . . . . .	10
6. Zur Kodifikation des Allgemeinen Teils als erste Reformstufe . . . . .	10
7. Gewerbegebung nach der Föderalismusreform . . . . .	11
IV. Gewerberecht als Sonderordnungs- und Wirtschaftsüberwachungsrecht . . . . .	12
V. Gewerberechtliche Zuständigkeiten . . . . .	12
1. Gewerbeordnungs- und Gewerbeaufsichtsbehörden . . . . .	12
2. Gewerbeordnung und einheitliche Ansprechpartner . . . . .	13
3. Gewerbeordnung und Spezialgesetze . . . . .	13
VI. Allgemeine Bemerkungen zum Gewerbebegriff. . . . .	14
1. Zur Teilregelung des Gewerbebegriffs . . . . .	14
2. Zur Vielfalt des Gewerbebegriffs. . . . .	15
a) Der klassische Gewerbebegriff im Wirtschaftsrecht . . . . .	15
b) Zur Geschäftstätigkeit von Wirtschaftsakteuren . . . . .	15
c) Zur Definition des Gewerbebegriffs . . . . .	15
3. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit . . . . .	16
4. Bagatellgewerbe . . . . .	16
VII. Einzelmerkmale der Gewerbsmäßigkeit. . . . .	17
1. Erlaubte Tätigkeit. . . . .	17
2. Gewinnerzielungsabsicht . . . . .	19
3. Selbstständige Tätigkeit und Scheinselbstständigkeit. . . . .	20
4. Fortgesetzte Tätigkeit . . . . .	22



# Inhaltsverzeichnis

VIII. Einzelmerkmale der Gewerbsunfähigkeit . . . . .	22
1. Urproduktion . . . . .	22
2. Verwaltung eigenen Vermögens . . . . .	24
3. Wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Berufe . . . . .	24
4. Persönliche Dienstleistungen höherer Art und freie Berufe . . . . .	25
a) Rechtsgrundlagen der Freiberuflichkeit . . . . .	25
b) Zur Freiberuflichkeit von Apothekern, IT- und Beratungsberufen . . . . .	26
c) Zur Fragwürdigkeit der Sonderstellung der freien Berufe . . . . .	27
d) Jüngere Definitions- und Abgrenzungsversuche . . . . .	28
e) Zur Deregulierung der freien Berufe . . . . .	29
f) Zur Qualifizierung von Misch Tätigkeiten . . . . .	30
5. Monopole der öffentlichen Hand . . . . .	30
IX. Gewerbearten und Gewerbefreiheit . . . . .	31
1. Gewebetypen . . . . .	31
2. Gewerbefreiheit als Gewerbezulassungsfreiheit . . . . .	31
a) Gewerbefreiheit als Rechtsprinzip und als subjektives Recht . . . . .	31
b) Gewerbliche Tätigkeit von Ausländern . . . . .	32
c) Die Gewerbezulassungsfreiheit . . . . .	32
3. Gewerbefreiheit und Gewerbeausübung . . . . .	33
4. Keine Gewerbefreiheit der öffentlichen Hand . . . . .	33
X. Einzelpersonen und Gesellschaften als Gewerbetreibende . . . . .	33
XI. Gewerberechtlicher Datenschutz . . . . .	35
XII. Gewerbe- und Unternehmensregister . . . . .	36
1. Gewerberegister . . . . .	36
2. Handwerksrolle und Unternehmensverzeichnis . . . . .	36
3. Unternehmensregister . . . . .	36
4. Vermittlerregister . . . . .	36
5. Bewacherregister . . . . .	36
6. Wettbewerbsregister . . . . .	37
7. Gewerbezentralregister . . . . .	37
XIII. Elektronisierung der Gewerbeverwaltung . . . . .	38
§ 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung . . . . .	38
I. Grundsätze und Struktur des stehenden Gewerbes . . . . .	38
1. Gewerbliche Niederlassung . . . . .	38
2. Anzeigepflicht . . . . .	39
a) Zweck der Anzeigepflicht . . . . .	39
b) Anzeigepflichtige Tatbestände . . . . .	40
c) Rechtsnatur der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO . . . . .	41
3. Dienstleistungs-Informationspflichten . . . . .	42
4. Stellvertretung . . . . .	43
5. Gewerbeuntersagung . . . . .	44
a) Bedeutung der Gewerbeuntersagung . . . . .	44
b) Anwendungsbereich . . . . .	44
c) Gewerbeuntersagung durch Spezialvorschriften . . . . .	45
d) Allgemeine Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung . . . . .	45

e)	Konkrete Tatsachen . . . . .	45
f)	Unzuverlässigkeit. . . . .	46
g)	Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Untersagung . . . . .	48
h)	Gewerbeuntersagungsverfahren . . . . .	49
i)	Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume als Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	50
j)	Wiedergestattung des Gewerbes. . . . .	50
k)	Untersagung nach § 51 GewO. . . . .	51
6.	Auskunft und Nachschau . . . . .	51
7.	Erscheinungsformen des stehenden Gewerbes und Zulassungsbegriff . . . . .	51
8.	Formelle und materielle Gewerberechtswidrigkeit . . . . .	52
a)	Begriff und Anwendungsbereich. . . . .	52
b)	Stilllegung als Ermessensvorschrift . . . . .	53
c)	Stilllegung und Polizei- und Ordnungsrecht . . . . .	53
d)	Stilllegung und Vollstreckung . . . . .	54
9.	Formelle Gewerberechtswidrigkeit als Ordnungswidrigkeit und fehlende Zulassungskonzentration. . . . .	54
II.	Einzelne Personalerlaubnisse . . . . .	54
1.	Personalerlaubnisse in Spezialgesetzen . . . . .	54
2.	Zur Systematik der Personalerlaubnisse in der Gewerbeordnung . . . . .	55
3.	Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO). . . . .	55
4.	Bewachungsgewerbe auf Seeschiffen (§ 31 GewO). . . . .	56
5.	Schaustellung von Personen (§ 33a GewO). . . . .	57
6.	Glücksspielrecht und sonstiges Spielrecht (§§ 33c ff. GewO) . . . . .	58
a)	Glücksspiele . . . . .	59
b)	Sonstige Spiele . . . . .	60
7.	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO). . . . .	61
a)	Erlaubnisvoraussetzungen. . . . .	61
b)	Zur Novellierungsdiskussion. . . . .	62
8.	Versteigerergewerbe (§ 34b GewO). . . . .	63
9.	Makler, Bauträger, Baubetreuer (§ 34c GewO) . . . . .	64
10.	Versicherungsvermittler und Versicherungsberater (§§ 34d und e GewO). . . . .	65
11.	Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater (§§ 34f–h GewO) . . . . .	66
12.	Immobilienvermittler (§§ 34i und j GewO) . . . . .	67
13.	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO) . . . . .	67
III.	Besonders überwachungsbedürftige Gewerbe . . . . .	69
1.	Gewerbeüberwachung zwischen Anzeige- und Zulassungspflicht . . . . .	69
2.	Zur Konzeption des besonders überwachungsbedürftigen Gewerbes . . . . .	69
3.	Anwendungsbereich des § 38 GewO . . . . .	70
4.	Einzelne Überwachungselemente. . . . .	70
5.	Unionsrechtliche Vorgaben. . . . .	71
IV.	Reisegewerbe . . . . .	71
1.	Begriff und Bedeutung. . . . .	71

# Inhaltsverzeichnis

a)	Reisegewerbe zwischen Liberalisierung und Verbraucherschutz . . . . .	71
b)	Modifizierter Gewerbebegriff . . . . .	72
c)	Das Schlüsselmerkmal „ohne vorhergehende Bestellung“ . . . . .	73
2.	Erlaubnispflicht . . . . .	74
3.	Internationale Gewerbelegitimationskarte . . . . .	74
4.	Einstellung, Verhinderung und Geltungsbereich . . . . .	74
5.	Inhaltsbeschränkung und Nebenbestimmungen . . . . .	75
6.	Verbotene Tätigkeiten und Entziehung der Reisegewerbekarte . . . . .	75
7.	Sonderfälle . . . . .	75
8.	Wanderlager . . . . .	76
V.	Messen, Ausstellungen, Märkte . . . . .	76
1.	Offenheit des Veranstaltungsbegriffs . . . . .	76
2.	Kommunale Veranstaltungen . . . . .	78
3.	Straßenrechtliche Veranstaltungen . . . . .	79
4.	Einzelne Veranstaltungstypen . . . . .	79
5.	Veranstaltungsprivilegien und Grenzen . . . . .	80
6.	Festsetzung, Versagung und Aufhebung von Veranstaltungen . . . . .	81
7.	Veranstaltungsordnungen . . . . .	82
H.	Spezielles Branchenrecht . . . . .	83
§ 47	Gaststättenrecht . . . . .	83
I.	Das Gaststättenrecht zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	83
1.	Die Entwicklungen im Überblick . . . . .	83
2.	Kernanforderungen des Bundesgaststättengesetzes und der Landesgaststättengesetze im Vergleich . . . . .	83
3.	Weitere Rechtsgrundlagen des Gaststättenrechts . . . . .	84
II.	Fokus: Bundesgaststättengesetz . . . . .	85
1.	Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesgaststättengesetzes . . . . .	86
2.	Gaststättenrechtliche Erscheinungsformen . . . . .	86
3.	Erlaubnispflicht und Versagung . . . . .	88
a)	Erlaubnispflicht des Gaststättengewerbes . . . . .	88
b)	Versagungsgründe . . . . .	88
c)	Formbedürftigkeit und Raumbezogenheit . . . . .	90
d)	Nebenbestimmungen und Stellvertretung . . . . .	90
e)	Gaststättenerlaubnis und andere Erlaubnisse . . . . .	91
f)	Gaststättenerlaubnis und Anzeigepflichten . . . . .	92
4.	Rücknahme, Widerruf und Erlöschen . . . . .	92
5.	Besondere Gaststättenerlaubnisse . . . . .	92
a)	Vorläufige Erlaubnis . . . . .	92
b)	Gestattung . . . . .	93
c)	Stellvertretererlaubnis . . . . .	93
6.	Erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe . . . . .	93
7.	Ausübungsregelungen . . . . .	94
a)	Erbringung von Nebenleistungen . . . . .	94
b)	Allgemeine Ausübungsbeschränkungen . . . . .	94
8.	Auskunft und Nachschau . . . . .	95

§ 48 Handwerksrecht . . . . .	95
I. Rechtsgrundlagen des Handwerksrechts . . . . .	95
1. Unionsrechtliches Anerkennungs- und Liberalisierungsprinzip . . . . .	95
2. Nationales Recht und Selbstverwaltungsrecht . . . . .	96
II. Zielsetzungen des Handwerksrechts . . . . .	96
1. Erhaltung des Handwerks als Berufsstand . . . . .	96
2. Zur Gefahrenabwehr . . . . .	96
3. Die Gefahrenhandwerke der Anlage A . . . . .	97
III. Unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Diskussion der Meisterprüfung . . . . .	97
1. Die Meisterprüfung auf dem Prüfstand des Unionsrechts . . . . .	97
2. Meisterprüfung und Grundgesetz . . . . .	97
IV. Handwerksbetrieb und Gewerbebetrieb . . . . .	98
1. Der Handwerksbetrieb i. S. d. § 1 Abs. 2 HwO . . . . .	98
2. Der Handwerksbetrieb als stehendes Gewerbe . . . . .	99
3. Handwerksfähigkeit . . . . .	99
a) Gewerbe im Sinne der Anlage A . . . . .	99
b) Wesentliche Handwerkstätigkeiten . . . . .	100
V. Handwerksmäßigkeit . . . . .	101
1. Handwerksbetrieb und Industriebetrieb . . . . .	101
2. Einzelne Abgrenzungskriterien . . . . .	102
3. Handwerk als geistiges Werk . . . . .	103
VI. Formen des Handwerksbetriebs . . . . .	103
1. Der handwerkliche Nebenbetrieb . . . . .	103
2. Der handwerkliche Hilfsbetrieb . . . . .	105
VII. Handwerksrolle und Befähigungsnachweis . . . . .	105
1. Meisterprüfung als Gewerbeerlaubnis . . . . .	105
2. Personaler Anwendungsbereich der Handwerksrolleneintragung . . . . .	106
3. Handwerksrolle und Handwerkskarte . . . . .	107
4. Ausnahmewilligungen . . . . .	107
a) Ausnahmen für Deutsche ohne Meisterprüfung . . . . .	107
b) Ausnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz . . . . .	108
c) Ausnahmen für EU- und EWR-Angehörige . . . . .	108
d) Keine Ausnahmewilligung für grenzüberschreitende Dienstleistungen . . . . .	108
5. Handwerksrolleneintragung und der Betrieb anderer Handwerke . . . . .	109
a) Arbeiten in anderen Handwerken bei Fachzusammenhang oder wirtschaftlicher Ergänzung . . . . .	109
b) Betreiben verwandter Handwerke . . . . .	109
c) Betreiben weiterer Handwerksgewerbe . . . . .	110
6. Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	110
VIII. Stellvertretung und Fortführung . . . . .	110
IX. Überwachung des Handwerksbetriebes und Löschung . . . . .	110
1. Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung . . . . .	110
2. Gewerberechtliche Untersagung . . . . .	111
3. Löschung in der Handwerksrolle . . . . .	111
X. Das zulassungsfreie und das handwerksähnliche Gewerbe . . . . .	112

## Inhaltsverzeichnis

1.	Kennzeichen der Handwerksähnlichkeit . . . . .	112
2.	Begrenzte Anwendbarkeit der Handwerksordnung. . . . .	112
XI.	Berufsbildung im Handwerk und Ausbildungsseignung. . . . .	113
§ 49	Personen- und Güterbeförderungsrecht . . . . .	114
I.	Grundlagen des Personen- und Güterbeförderungsrechts . . . . .	114
1.	Eingrenzungen . . . . .	114
2.	Rechtsgrundlagen . . . . .	114
a)	Internationales Recht . . . . .	114
b)	Unionsrecht . . . . .	115
c)	Nationales Recht. . . . .	116
d)	Räumlicher Geltungsbereich und grenzüberschreitender Verkehr . . . . .	118
3.	Ziele. . . . .	118
II.	Personenbeförderungsgesetz . . . . .	119
1.	Umfang der Genehmigungspflicht . . . . .	119
2.	Voraussetzungen der Genehmigung . . . . .	120
3.	Weitere Einzelheiten zur Genehmigung . . . . .	121
III.	Güterkraftverkehrsgesetz . . . . .	122
1.	Umfang der Erlaubnispflicht . . . . .	122
2.	Voraussetzungen der Erlaubnis . . . . .	123
3.	Weitere Einzelheiten zur Erlaubnis . . . . .	123
§ 50	Energiewirtschaftsrecht . . . . .	124
I.	Regulierungsrechtliche Grundlagen im Energiewirtschaftsgesetz . . . . .	124
1.	Das Energiewirtschaftsgesetz als Regulierungsgesetz. . . . .	124
2.	Regulierungsziele . . . . .	125
3.	Regulierungsinstrumente . . . . .	126
II.	Herausforderung: Netzausbau . . . . .	126
1.	Das Akzeptanzproblem . . . . .	127
2.	Ein neues Infrastrukturrealisierungsmodell als Grundlage des Netzausbaus . . . . .	127
3.	Zweckmäßigkeitaspekte . . . . .	129
4.	Rechtliche Machbarkeit. . . . .	130
5.	Ausblick . . . . .	131
§ 51	Medienwirtschaftsrecht . . . . .	131
I.	Bedeutung, Zielsetzung und Begriff des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	131
1.	Historische und aktuelle Bedeutung des Medienwirtschafts- rechts als Regulierungsrecht . . . . .	131
2.	Zur Zielsetzung des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	132
3.	Zum Begriff des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts . . . . .	133
II.	Weltwirtschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	133
1.	Zur Internationalität des Medienwirtschaftsrechts . . . . .	133
2.	Internationaler Handel mit Telekommunikationsdienstleistun- gen. . . . .	134
3.	Internationale Bekämpfung der Internet-Kriminalität . . . . .	134
4.	Schutz vor geistiger Produktpiraterie . . . . .	134
III.	Unionsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsverwaltungs- rechts . . . . .	135
1.	Medienwirtschaft versus Kultur . . . . .	135

2.	Medienwirtschaftsrecht als Ausdruck der Dienstleistungsfreiheit	135
a)	Zum Dienstleistungscharakter	135
b)	Zur Entgeltlichkeit der Dienstleistungen	136
3.	Schranken der Dienstleistungsfreiheit.	136
4.	Herkunftslandprinzip	137
5.	Sekundärrechtliches Medienwirtschaftsverwaltungsrecht.	137
a)	Liberalisierung des staatsmonopolisierten Telekommunikationssektors	137
b)	Erste Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Medientätigkeiten	137
c)	Die weitere Vereinheitlichung elektronischer Kommunikationsdienste und Kommunikationsnetze	137
d)	Keine Geltung der Dienstleistungsrichtlinie	139
6.	EU-Beihilferecht	140
7.	Sonstige medienwirtschaftsrelevante Unionspolitiken	140
8.	Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit	140
IV.	Das nationale Recht der Informations- und Kommunikationsdienstwirtschaft.	141
1.	Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten	141
2.	Gewährleistungsverantwortung des Bundes für Telekommunikationsdienstleistungen	142
3.	Doppelzuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	143
4.	Die Rolle der Monopolkommission.	143
5.	EU-Regulierungsbehörde	143
V.	Die Ausgestaltung des Telekommunikationsrechts	144
1.	Die Gesetzeszwecke der Telekommunikationsregulierung	144
2.	Telekommunikationsrecht als Teil des Wirtschaftsüberwachungsrechts	144
VI.	Das überwachungsrechtliche Instrumentarium des Telekommunikationsrechts	145
1.	Das neue Rechtsregime der Aufnahmeüberwachung.	145
2.	Meldepflicht als Instrument der Aufnahmeüberwachung.	145
3.	Instrumente der Ausübungsüberwachung	146
a)	Informationspflichten gegenüber der Bundesnetzagentur	146
b)	Auskunftspflichten.	147
c)	Betreiberpflichten zur Ermöglichung der Fernmeldeüberwachung	147
d)	Nummerierungspflichten von Betreibern und Anbietern und Befugnisse der Bundesnetzagentur	147
e)	Untersagung der Betreiber- oder Anbietertätigkeit.	147
f)	Universaldienstleistungspflicht und Universaldienstleistungsabgaben	148
4.	Frequenzüberwachung.	148
a)	Frequenzzuteilung als Allgemein- oder Einzelzuteilung	148
b)	Spezielles Frequenzvergabeverfahren.	148
c)	Widerruf und Rücknahme der Frequenzzuteilung.	149
d)	Überwachung der Frequenznutzung	149
e)	Frequenzhandel.	149

## Inhaltsverzeichnis

5.	Systemwechsel bei der Regulierungsfinanzierung . . . . .	149
VII.	Zur inhaltlichen Regulierung der Informations- und Kommunika- tionsdienste . . . . .	150
1.	Begriffliche Abgrenzungen . . . . .	150
a)	Zum Telemedienbegriff . . . . .	150
b)	Abgrenzung zu Telekommunikationsdiensten . . . . .	150
c)	Abgrenzung zum Rundfunk . . . . .	151
2.	Zulassungs- und Anmeldefreiheit der Telemediendienste . . . . .	151
3.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	151
a)	Gewerberecht . . . . .	151
b)	Banken- und Kreditwirtschaftsrecht . . . . .	152
c)	Telekommunikationsrecht . . . . .	152
4.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	152
a)	Gewerbe- und Telekommunikationsrecht . . . . .	152
b)	Verhältnis von Telemediendiensten und Rundfunk . . . . .	152
5.	Ausübungsüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	152
a)	Kennzeichnungs- und Sorgfaltspflichten, Werbung . . . . .	152
b)	Inhaltsüberwachung aus Gründen des Jugendschutzes . . . . .	152
6.	Organisation der Überwachung von Telemediendiensten . . . . .	153
VIII.	Kommunikationsdatenschutz und Zertifizierungsdiensteanbieter . . . . .	153
IX.	Zur internationalen kommunikationsrechtlichen Dimension . . . . .	153
§ 52	<b>Kreislaufwirtschaftsrecht</b> . . . . .	154
I.	Abfallwirtschaft . . . . .	154
1.	Abfallwirtschaft zwischen öffentlicher und privater Verantwor- tung . . . . .	154
2.	Abfallwirtschaft zwischen Wirtschaftsverwaltungs- und Umwelt- recht . . . . .	156
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten . . . . .	157
1.	Die EU als Entsorgungunion . . . . .	157
2.	Die mitgliedstaatliche Verantwortung für die Abfallwirtschaft . . . . .	157
3.	Landesrechtliche Regelungsspielräume . . . . .	158
4.	Selbstverwaltung und Vollzug . . . . .	158
III.	Abfall als Gegenstand des Kreislaufwirtschaftsrechts . . . . .	159
IV.	Zweck und Grundsätze der Abfallwirtschaft . . . . .	160
V.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Unternehmerpflichten und Selbstbe- schränkungsabkommen . . . . .	161
1.	Das Pflichtenprogramm des KrWG . . . . .	161
2.	Duales System . . . . .	162
3.	Pfänderhebungspflicht für Einwegverpackungen . . . . .	162
VI.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Berufsfelder . . . . .	162
1.	Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen . . . . .	162
2.	Entsorgungsfachbetrieb . . . . .	163
3.	Betrieb von Abfallbeseitigungs- und Recyclinganlagen . . . . .	163
4.	Beauftragung Privater mit Entsorgungsaufgaben . . . . .	163
5.	Abholung von Verkaufs- und Serviceverpackungen sowie von Elektrogeräten . . . . .	163
VII.	Allgemeine Überwachung . . . . .	164
VIII.	Überwachung durch die Öffentlichkeit . . . . .	164

IX.	Abfallabgabe und Finanzgarantien . . . . .	164
X.	Abwasserwirtschaftsrecht . . . . .	164
§ 53	<b>Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht</b> . . . . .	165
I.	Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts . . . . .	165
1.	Entwicklungslinien des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts . . . . .	165
2.	Lebensmittelwirtschaftsrecht als Risikoverwaltungsrecht. . . . .	166
3.	Gesundheitsschutz als EU-Ziel . . . . .	167
4.	Die Lebensmittelbasisverordnung als Kodifizierung der Unionspolitik . . . . .	167
II.	Zweck und Begriff des Lebensmittelwirtschaftsrechts . . . . .	168
1.	Gesundheits- und Verbraucherschutz . . . . .	168
2.	Schutz vor Täuschung und Irreführung sowie Informationsrechte . . . . .	168
3.	Wettbewerbsschutz und Lebensmittelsicherheit . . . . .	169
4.	Lebensmittel- und Lebensmittelwirtschaftsrecht. . . . .	169
III.	Rechtsgrundlagen des Lebensmittelwirtschaftsrechts . . . . .	170
1.	Internationales Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	170
a)	GATT/WTO-Recht . . . . .	170
b)	Codex Alimentarius. . . . .	170
c)	Staatsverträge . . . . .	171
2.	Unionsrechtliches Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	171
a)	Verwirklichung des Lebensmittelbinnenmarktes . . . . .	171
b)	Die Verordnung über allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts als Basisverordnung. . . . .	172
c)	Das Lebensmittelhygienerecht als Sicherheitsstandard . . . . .	173
d)	Die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel . . . . .	174
e)	Die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel. . . . .	175
3.	Nationales und regionales Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	175
4.	Das LFGB und seine Nebengesetze . . . . .	176
a)	Grundkonzeption des LFGB . . . . .	176
b)	Basisverordnung und LFGB . . . . .	177
5.	Lebensmittelbuch und Richtlinien der Verbände . . . . .	177
IV.	Die Regelungsgegenstände des LFGB . . . . .	178
1.	Geschützter Personenkreis . . . . .	178
2.	Verkehr mit Lebensmitteln. . . . .	179
3.	Verkehr mit Futtermitteln . . . . .	180
4.	Verkehr mit kosmetischen Mitteln. . . . .	180
5.	Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen . . . . .	181
V.	Marktfreiheit und Verbote des LFGB . . . . .	182
1.	Das Lebensmittelrecht zwischen Marktfreiheit, Zulassung und Verboten. . . . .	182
2.	Schutz der Gesundheit. . . . .	182
a)	Verbote zum Schutz der Gesundheit . . . . .	182
b)	Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit . . . . .	184



# Inhaltsverzeichnis

3.	Schutz vor Täuschung . . . . .	184
a)	Verbote zum Schutz vor Täuschung . . . . .	184
b)	Ermächtigungen zum Schutz vor Täuschung . . . . .	185
VI.	Lebensmittelorganisation und -überwachung . . . . .	186
1.	Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit . . . . .	186
2.	Das Bundesinstitut für Risikobewertung. . . . .	187
3.	Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit . . . . .	187
4.	Landesrechtliche Zuständigkeiten . . . . .	187
5.	Überwachungsbefugnisse . . . . .	188
6.	Pflichten der von Überwachungsmaßnahmen betroffenen Personen . . . . .	190
7.	Organisation der Lebensmittelüberwachung . . . . .	190
8.	Gewerbeuntersagung. . . . .	190
VII.	Zur Unternehmerverantwortung für Lebens- und Futtermittel . . . . .	191
§ 54	Produktsicherheitsrecht . . . . .	191
I.	Wirtschaftliche Bedeutung des Produktsicherheitsrechts. . . . .	191
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten. . . . .	192
1.	Unionsrechtliche Rechtsgrundlagen . . . . .	192
a)	Kern- statt Vollharmonisierung . . . . .	192
b)	Rechtsakte der Union. . . . .	193
2.	Nationale Rechtsgrundlagen. . . . .	194
3.	Europäische und nationale Normung. . . . .	195
4.	Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	195
III.	Zielsetzungen, Prinzipien und Abgrenzung . . . . .	196
1.	Ziele des Produktsicherheitsrechts. . . . .	196
2.	Prinzipien des Produktsicherheitsrechts . . . . .	196
a)	Vorsorgeprinzip. . . . .	196
b)	Kooperationsprinzip . . . . .	197
c)	Eigenverantwortungsprinzip . . . . .	197
d)	Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	197
IV.	Anwendungsbereich des Produktsicherheitsrechts . . . . .	198
1.	Sachlicher Anwendungsbereich. . . . .	198
2.	Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	198
V.	Pflichtenprogramm . . . . .	198
VI.	Überwachung der Produktsicherheit. . . . .	199
1.	Marktüberwachung . . . . .	199
2.	Anordnungsbefugnisse. . . . .	199
a)	Produktsicherheitsrechtliche Generalklausel. . . . .	199
b)	Standardmaßnahmen . . . . .	199
c)	Behördenwarnungen . . . . .	200
d)	Vorrang von Eigenmaßnahmen . . . . .	200
e)	Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen . . . . .	200
3.	Überwachungsbefugnisse . . . . .	201
I.	Branchenübergreifende Querschnittsmaterien . . . . .	202
§ 55	Ladenöffnungsrecht . . . . .	202
I.	Rechtsgrundlagen . . . . .	202

1.	Ladenöffnungsrecht als Querschnittsmaterie . . . . .	202
2.	Ladenöffnungsrecht als Landeskompetenz . . . . .	202
II.	Anwendungsbereich der Ladenöffnungsgesetze . . . . .	202
1.	Feilhalten in Verkaufsstellen . . . . .	202
2.	Gewerbliches Feilhalten außerhalb von Verkaufsstellen . . . . .	203
3.	Zubehörverkauf . . . . .	204
III.	Zielsetzungen . . . . .	204
1.	Schutz der Konsum-, Unternehmer- und Arbeitnehmerfreiheit . . . . .	204
2.	Ladenöffnungsrecht und Arbeitszeitrecht . . . . .	205
3.	Verbraucherschutz . . . . .	205
4.	Zum Sonn- und Feiertagsschutz . . . . .	205
IV.	Besondere Öffnungsbedürfnisse an Sonn- und Feiertagen . . . . .	205
1.	Ganztägiges Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	205
2.	Temporäres Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	206
V.	Zuständigkeiten . . . . .	206
VI.	Zur subjektivrechtlichen Stellung der Kirchen . . . . .	206
§ 56	<b>Subventionsrecht</b> . . . . .	207
I.	Subventionsrecht als Wirtschaftsförderungsrecht . . . . .	207
II.	Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts . . . . .	207
1.	Der GATT/WTO Subventionskodex . . . . .	207
2.	Das EU-Beihilferecht . . . . .	207
3.	Rechtsgrundlagen des nationalen Subventionsrechts . . . . .	208
III.	Zur Vielfalt des Subventionsbegriffs . . . . .	209
1.	Verwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff . . . . .	209
2.	Strafrechtlicher Subventionsbegriff . . . . .	209
3.	Rechtswissenschaftlicher Subventionsbegriff und EU-Beihilfebegriff . . . . .	210
4.	Subventionsbegriff und Subventionsverhältnis . . . . .	211
IV.	Das Subventionsverhältnis als Rechtsverhältnis . . . . .	211
V.	Ansprüche, Ermessen und Beurteilungsspielraum . . . . .	212
VI.	Verwaltungsverfahren und Subventionszweck . . . . .	213
1.	Informelles Subventionsverfahren . . . . .	213
2.	Formelles Subventionsverfahren . . . . .	213
3.	Zur Konkretisierung des Subventionszwecks . . . . .	214
4.	Anhörungsspflichten und Beachtung der Startverbotsklausel . . . . .	214
5.	Verfahrensabschluss und Sicherung des Rückzahlungsanspruchs . . . . .	215
6.	Haushaltsinternes Verwaltungsverfahren . . . . .	215
VII.	Das EU-Beihilfeverfahren . . . . .	215
1.	Die Subventionsverfahrensverordnung als zentrale Regelungsmaterie . . . . .	215
2.	Verfahren bei angemeldeten neuen Beihilfen . . . . .	216
a)	Anmeldepflicht und Notifikationsverzicht . . . . .	216
b)	Die Mehrstufigkeit des präventiven Verfahrens . . . . .	219
3.	Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen . . . . .	221
4.	Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen . . . . .	222
5.	Verfahren bei bestehenden Beihilferegelungen . . . . .	223
6.	Verfahrensinstrumente zur Überwachung . . . . .	223
VIII.	Das GATT/WTO-Subventionsverfahren . . . . .	223

## Inhaltsverzeichnis

1.	Notifikations- und Überwachungsverfahren . . . . .	223
2.	Konsultationsverfahren und Abhilfemaßnahmen . . . . .	224
IX.	Handlungsformen . . . . .	224
1.	Der Subventionsbewilligungsbescheid . . . . .	224
2.	Die vorläufige Subventionsbewilligung. . . . .	226
3.	Subventionszusagen . . . . .	226
4.	Der öffentlich-rechtliche Subventionsvertrag . . . . .	226
5.	Der privatrechtliche Subventionsvertrag . . . . .	227
X.	Abwicklung von Subventionen . . . . .	228
XI.	Rückabwicklung von Subventionen . . . . .	228
1.	Aufhebungsentscheidung und Erstattungsanspruch . . . . .	228
2.	Rücknahme und Widerruf . . . . .	228
a)	Rücknahme eines Bewilligungsbescheides . . . . .	228
b)	Widerruf eines Bewilligungsbescheides . . . . .	229
3.	Zur Entbehrlichkeit von Widerruf und Rücknahme bei beding- ter oder vorläufiger Subventionierung . . . . .	230
4.	Rücknahme und Widerruf als Ermessenshandlungen . . . . .	230
5.	Rückabwicklung unionsrechtswidriger Subventionen . . . . .	231
a)	Formelle und materielle Rechtswidrigkeit sowie miss- bräuchliche Anwendung von Beihilfen . . . . .	231
b)	Das anzuwendende Verfahrensrecht . . . . .	231
c)	Unionsrechtliche Ermessensbindungen . . . . .	233
d)	Zum Vertrauensschutz des Subventionsempfängers im Unionsrecht . . . . .	233
e)	Rücknahmefrist und Unionsrecht. . . . .	233
f)	Erstattungsanspruch und Verzögerungszinsen. . . . .	234
6.	Rückabwicklung bei öffentlich-rechtlichem und privatrechtli- chem Subventionsvertrag . . . . .	235
XII.	Haushaltsrechtliche Subventionskürzung und Subventionseinstellung.	236
XIII.	Subventionskontrolle . . . . .	237
	Stichwortverzeichnis . . . . .	239

# Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der EG, seit 1.2.2003 Amtsblatt der EU
Abs.	Absatz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft, Ausführungsgesetz, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
a. M.	andere Meinung
AMG	Arzneimittelgesetz
amtl.	Amtliche, amtliche
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz	Bundesanzeiger
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bay	Bayerische
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
Bbg.	Brandenburg (brandenburgisch)
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BFH	Bundesfinanzhof
BGastG	Bundesgaststättengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchVO	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BinSchAufG	Binnenschiffahrtsaufgabengesetz
BK	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar)
BLL	Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V.

## Abkürzungsverzeichnis

Bln	Berlin
BMF	Bundesminister der Finanzen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BQRL	Berufsqualifizierungsrichtlinie (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG)
BR	Bundesrat
BR-Ds.	Bundesratsdrucksache
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brem.	Bremisch
BT	Besonderer Teil
BT-Ds.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BWVPr	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
C	Communication
ca.	circa
ChemG	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)
CE	Communautés Européennes
CEN	Europäische Komitee für Normung
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DFS	Deutsche Flugsicherung
d. h.	das heißt
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung
Diss. (iur.)	juristische Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DLR	Dienstleistungsrichtlinie (EG-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DSD	Duales System Deutschland
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung (EU-Verordnung 2016/679)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Amtliche Entscheidungssammlung des zuvor genannten Gerichts, zitiert nach Band und Seite (z. B. BVerfGE 17, 371 ff.); Entwurf
EBLS	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGovG	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung
Ehlers/Fehling/ Pünder, BVerwR I	D. Ehlers, M. Fehling und H. Pünder (Hg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Band 1 (Öffentliches Wirtschaftsrecht), 3. Aufl. 2012
Einf	Einführung
EKStG	Einkommensteuergesetz
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
EN	Euro(päische) Normenreihe
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Erl.	Erläuterung
EstG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union

## Abkürzungsverzeichnis

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechts-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
EzGewR	R. Stober (Hg.), Entscheidungssammlung zum Gewerberecht, Loseblattsammlung, 1989 ff.
f.	folgende(r) (Seite/Paragraph)
ff.	folgende (Seiten/Paragraphen)
FG	Festgabe, Finanzgericht
Frotscher/Kramer	W. Frotscher und U. Kramer, Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 7. Aufl. 2019
FS	Festschrift
G	Gesetz
GBL	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GemO	Gemeindeordnung
GenTG	Gentechnikgesetz
GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GlüStV	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Gemeindeordnung
GSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GV. NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
ha	Hektar
HACCP	Hazard Analysis Critical Control Point
HB	Handelsblatt
Hdb.	Handbuch
Hess.	Hessisch
Hg.	Herausgeber
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH	Freie und Hansestadt Hamburg
h. M.	herrschende Meinung
Hmb.	Hamburgisch
Hs.	Halbsatz
HwO	Handwerksordnung
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
IHK	Industrie- und Handelskammer(n)
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern

## Abkürzungsverzeichnis

InfrAG	Infrastrukturabgabengesetz
ISO	International Organization for Standardization
i. S. d./v.	im Sinne des/von
IT	Informationstechnik
ITU	International Telecommunication Union
IuKDG	Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter (Zeitschrift Österreich)
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
KOM	Dokumente der Kommission der Europäischen Union
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
L	Législation/Legislation
LadSchlG	Ladenschlussgesetz
Landmann/Rohmer	Landmann/Rohmer, Gewerbeordnung, Kommentar, Loseblattwerk
LBO	Landesbauordnung
LdRW	H.-J. Bunte/R. Stober (Hg.), Lexikon des Rechts der Wirtschaft, Loseblattwerk, 1990 ff. (zit.: Bearbeiter, in: LdRW)
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Landgericht
LGastG	Landesgaststättengesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	litera
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKT	Landkreistag
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LÖG	Ladenöffnungsgesetz
LRE	Lebensmittelrechtliche Entscheidungen
LuftStG	Luftsicherheitsgesetz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LV	Landesverfassung
LVerwG	Landesverwaltungsgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MDStV	Mediendienste-Staatsvertrag
Meyer/Strein	A. H. Meyer/R. Streinz, LFGB – Basis VO, Kommentar, 2. Aufl. 2012
Mio.	Million(en)
MMR	Multimedia und Recht
MOG	Marktorganisationsgesetz
MPG	Medizinproduktegesetz
MV	Mecklenburg-Vorpommern
n. F.	neue Fassung
Nds	Niedersachsen, niedersächsisch

## Abkürzungsverzeichnis

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer(n)
NRW, nrw	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport
NW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
NW PolG	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.	oben
ObLG	Oberstes Landesgericht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖR	Öffentliches Recht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
OZG	Onlinezugangsgesetz
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Pielow	Bearbeiter, in: J.-C. Pielow (Hg.), Gewerbeordnung, Online-Kommentar
PolG	Polizeigesetz
PrALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
PrOVGE	Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts
RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-pfälzisch
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RStV	Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag)
S.	Seite
s.	siehe
SA	Sachsen-Anhalt
Saarl.	saarländisch
Sächs.	Sächsisch(e)
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
Sanh	Sachsen-Anhalt
SchlH	Schleswig-Holstein (schleswig-holsteinisch)
Schmidt, BT 1	R. Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil Band 1, 1995
Schmidt, BT 2	R. Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil Band 2, 1996
SE	Societas Europaea
Slg.	Sammlung



## Abkürzungsverzeichnis

s. o.	siehe oben
sog.	so genannte(r)
SOG HH	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Hamburg
Sp.	Spalte
Span	Spanisch(e)
StAnz	Staatsanzeiger
StbG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
Stober, Handbuch	R. Stober, Handbuch des Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrechts, 1989
Stober, Quellen	R. Stober, Quellen zur Geschichte des Wirtschaftsverwaltungsrechts, 1986
Stober, Rechts-schutz	Bearbeiter, in: R. Stober (Hg.), Rechtsschutz im Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht, 1993
Stober, Gewerbe-recht	Bearbeiter, in: R. Stober (Hg.), Lexikon des Gewerberechts, 1999
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
s. u.	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz
TA	Technische Anleitung
TMG	Telemediengesetz
Thür.	Thüringen (thüringisch)
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter
TKG	Telekommunikationsgesetz
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u. a.	und andere, unter anderem
UAG	Umwelt-Audit-Gesetz
UIG	Umweltinformationsgesetz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UVP	Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
V	Verordnung (auch: VO)
v.	vom, von
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
Verf.	Verfassung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerpackG	Verpackungsgesetz
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VO	Verordnung (auch: V)
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVO	Verfahrensordnung in Beihilfesachen (Verordnung (EU) Nr. 2015/1589 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Art. 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

## Abkürzungsverzeichnis

WaffG	Waffengesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Beilage zum Gewerbearchiv)
Wolff/Bachof/ Stober/Kluth I	Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht, Band I, 13. Aufl. 2017
Wolff/Bachof/ Stober/Kluth II	Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht Band II, 8. Aufl. 2019
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organisation
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziekow	J. Ziekow, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 4. Aufl. 2016
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht/Film und Recht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

